



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Wandsbek  
Bezirksversammlung

**A U S Z U G**

aus der Sitzung des Regionalausschusses Rahlstedt - DIGITAL vom  
31.03.2021

Öffentlicher Teil:

---

**zu 6. Grundinstandsetzung des Jacobshagener Wegs in Oldenfelde  
Ergebnisse des Ortstermins am 17.3.2021**

---

Herr Ruge erinnert daran, dass im Jacobshagener Weg aufgrund des schlechten Straßenzustandes und der Entwässerungsprobleme eine Grundinstandsetzung erforderlich sei. Hierdurch müsse in den gesamten Aufbau der Straße mit Austausch von ca. 60-70 cm der Oberfläche eingegriffen werden, da eine bloße Deckenerneuerung nicht ausreichend sei. Der gesamte Querschnitt müsse nun entsprechend der aktuellen Regelwerke umgebaut werden. Er berichtet von der Ortsbegehung am 17.3., zu der eine sehr große Anzahl von Anwohnern erschienen sei, die aufgrund der Pandemiebestimmungen zunächst reduziert werden musste. Anschließend sei in einem Kreis von ca. 20-30 Personen intensiv und konstruktiv diskutiert worden, wobei der Wegfall der Parkplätze und die Entwässerungssituation im Vordergrund gestanden hätten. Dabei seien fünf Fragen durch die Anwohner gestellt worden, zu denen er nun anhand einer Präsentation (*siehe Anlage*) Stellung nehmen werde.

Die erste Frage habe gelautet, ob nicht alle Parkplätze auf der nördlichen Seite angeordnet werden könnten. Hierzu habe er bereits bei dem Termin mitgeteilt, dass er davon ausgehe, dass sich die Polizei dagegen ausspreche. Dies sei nun auch in der schriftlichen Stellungnahme mit Hinweis auf den Aufenthaltscharakter des verkehrsberuhigten Bereichs erfolgt. Darüber hinaus fehle es an Ausweichmöglichkeiten für den Begegnungsverkehr sowie an baulichen, geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen. Durch den geraden Verlauf steige das Geschwindigkeitsniveau, welches einer Verkehrsberuhigung zuwider laufe.

Die zweite Frage habe sich darauf bezogen, ob auf eine bauliche Verkehrsberuhigung verzichtet werden könne, da die Straße vornehmlich durch die Anwohner selbst genutzt werde und keine Durchfahrtsstraße sei. Hierzu zitiert er aus der Stellungnahme der Polizei bzw. Verkehrsbehörde, nach der dies nicht möglich sei:

*„Die Einrichtung und Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches ist an die rechtlichen Vorgaben der StVO und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift gebunden. Bau und Verkehr sollen immer eine Einheit darstellen, so dass der Charakter einer Straße vom Verkehrsteilnehmer intuitiv erfasst werden kann. Wesentliche Merkmale eines verkehrsberuhigten Bereiches sind die überwiegende Aufenthaltsfunktion und die untergeordnete Funktion des Fahrzeugverkehrs. Diese Merkmale gilt es durch eine besondere bauliche Gestaltung zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund ist die bereits angeordnete Planung des Jacobshagener Weges bereits grenzwertig und mit viel Wohlwollen erfolgt. Eine Planung ohne klare verkehrsberuhigende Elemente kann nicht angeordnet werden.“*

Die dritte Frage habe die Aufstellung der Fahrradbügel betroffen, auf die die Vertreter der Anwohner gerne zugunsten von Kfz-Parkplätzen verzichten würden. Hierzu sei bereits vor Ort mitgeteilt worden, dass das Fachamt diese aufgrund der angestrebten Mobilitätswende zwar für sinnvoll halte, jedoch sowohl planerisch als auch rechtlich hierauf verzichtet werden könne.

Die Frage nach dem Erhalt und der Gestaltung des Grabens sei nochmals durch das Ingenieurbüro geprüft worden. Danach sei den Berechnungen ein 10jähriges Regenereignis zugrunde gelegt worden. Der Graben sei in der vorhandenen Art und Weise so notwendig, um eine solche Regenmenge aufzufangen. Die Aufweitungen an drei Stellen des Grabens seien nicht aufgrund der aufzunehmenden Wassermenge, sondern aufgrund der starken Durchwurzelung der angrenzenden privaten Bäume erforderlich. Um diese nicht zu schädigen, seien Aufweitungen nötig.

Zu der Aufstellung von E-Ladesäulen teilt er mit, dass von Seiten der Firma Stromnetz Hamburg bzw. des privaten Anbieters bisher im Rahmen der Planung kein Bedarf angemeldet worden sei. Sollte von Anwohnerseite der ausdrückliche Wunsch bestehen, werde sein Fachamt hierzu nochmals den Kontakt suchen. Er weist hierzu darauf hin, dass E-Ladeplätze nicht dem öffentlichen Parkverkehr unbegrenzt zur Verfügung stünden, sondern auf Elektrofahrzeuge beschränkt seien und auch lediglich nur zur Aufladung genutzt werden dürften.

Er erläutert anhand einer Präsentation die vier möglichen Varianten, bei denen eine Parkplatzzahl von 22 (nur auf der nördlichen Seite, nicht umsetzbar) bis 16 (mit Fahrradbügeln) geschaffen würde. Im Bestand befänden sich momentan 33 Parkplätze.

Herr Kranig teilt mit, dass er an dem Ortstermin teilgenommen und diesen als sehr konstruktiv und sinnvoll angesehen habe. Dennoch seien die vorgestellten Ergebnisse weder für den Ausschuss noch die Anwohner befriedigend. Er erkundigt sich danach, durch welche letzte Instanz eine Entscheidung erfolge und weist darauf hin, dass durch die Verschwenkungen des Grabens bereits eine Verkehrsberuhigung eintrete.

Herr Ruge betont, dass Einigkeit mit der Straßenverkehrsbehörde die Grundlage für die Maßnahmen des Bezirksamtes sei. Er stimmt der Annahme zu, dass durch die Aufweitungen des Grabens eine gewisse Verkehrsberuhigung erzielt werde. Diese führe jedoch nicht zu großen Veränderungen, da auch hier Parkstände aufgegeben werden müssten.

Herr Rieken erklärt, auch er bedauere die Einschätzung der Polizei, zumal durch die Aufweitungen bereits eine Verkehrsberuhigung erzielt werde. Er sehe hier noch Nachbesserungsbedarf und Gesprächsbedarf mit der Polizei. Er bittet um Übersendung der Präsentation, um sich in der Fraktion dazu beraten zu können.

Frau Wiemer teilt mit, dass die Stellungnahme der Polizei nach dem Ortstermin erfolgt sei und sie nicht glaube, dass hier eine Änderung zu erreichen sei. Dennoch bietet sie an, Rücksprache mit der Polizei zu halten.

Herr Meyer, PK 38, betont, dass eine Anordnung des Parkens im nördlichen Bereich nicht möglich sei, da es keine Ausweichmöglichkeiten für den Begegnungsverkehr gebe, der Aufenthaltscharakter der Straße nicht mehr gegeben sei und es an baulichen geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen fehle.

Herr Wagner weist darauf hin, dass aufgrund der Konstellationen in der Straße keine formelle Verkehrsberuhigung erforderlich sei. Er betont die Notwendigkeit für einige Anwohner, die nachts unterwegs seien, ihr Auto vor dem Haus abstellen zu können und regt an, die intakte Straßenseite mit dem Gehweg zu belassen und lediglich die andere Straßenseite zu sanieren.

Herr Ruge erklärt, eine halbseitige Straßeninstandsetzung sei technisch nicht möglich.

Herr Nack bedankt sich für die Planung und halte die Stellungnahmen des Bezirksamtes und der Polizei für richtig und nachvollziehbar. Er betont, hier habe die Sicherheit höchste Priorität. Es müsse sichergestellt sein, dass die Fahrzeuge lediglich in Schrittgeschwindigkeit führen und Kinder nicht gefährdet würden. Daher kämen nur die beiden vorgestellten Varianten mit oder ohne Fahrradbügel in Frage. Seine Fraktion erklärt sich angesichts des hier herrschenden hohen Parkdrucks mit dem Verzicht auf die Aufstellung von Fahrradbügeln einverstanden. Evtl. könnten diese noch auf anderen Nebenflächen aufgestellt werden.

Herr Ludwig teilt mit, es sei richtig, sich hier auf die Meinung der Fachleute zu verlassen. Als Kompromiss sei es sinnvoll, durch Verzicht auf die Fahrradbügel die Zahl der Parkplätze zu erhöhen.

Herr Ernst erkundigt sich, ob andere Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung wie etwa der Bau einer Sackgasse oder der Einbau von Bodenwellen geprüft worden seien.

Herr Ruge erklärt, dass der Einbau von Bodenschwellen nach einem folgenschweren Rettungsdiensteinsatz in Hamburg nicht mehr gestattet sei.

Herr Meyer, PK 38, ergänzt, dass hier eine Sackgassenregelung nicht zulässig sei. Hier spielten die Bebauungsgrößen nach Parteien eine Rolle.

Frau Rosenbohm spricht sich in Bezug auf die Ladesäulen dafür aus, diese Entscheidung aus den Planungen herauszunehmen.

#### **Ergebnis:**

Der Ausschuss spricht sich für die Variante ohne Bau von Fahrradbügeln mit der Schaffung von 19 Parkplätzen aus, vertagt die Frage nach der Einrichtung von Parkplätzen mit E-Ladesäulen und bittet um die Durchführung der weiteren Planungen im engen Kontakt mit den Anwohnern.